



## **Antrag**

der Fraktionen der SPD und CDU

### **Entschließung zur Änderung des Abgeordnetengesetzes und zur Änderung des Wahlgesetzes des Landes Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz)**

Der Landtag wolle beschließen:

#### **I. Verkleinerung des Landtages**

Die Anzahl der Wahlkreise wird auf 40 begrenzt. Artikel 10 Abs. 2 der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein wird dahingehend geändert, dass 69 Abgeordnete dem Schleswig-Holsteinischen Landtag angehören.

 1 Abs. 1 des Wahlgesetzes für den Landtag von Schleswig-Holstein (Landeswahlgesetz) wird dahingehend geändert, dass 40 Abgeordnete durch Mehrheitswahl in den Wahlkreisen, die übrigen durch Verhältniswahl aus den Landeslisten der Parteien auf der Grundlage der im Land abgegebenen Zweitstimmen und unter Berücksichtigung der in den Wahlkreisen erfolgreichen Bewerberinnen und Bewerber gewählt werden.

Diese Regelung findet erstmals bei der Landtagswahl 2005 Anwendung.

#### **II. Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes**

Auf der Grundlage aller Empfehlungen der Unabhängigen Sachverständigenkommission zu Fragen der Abgeordnetenentschdigung beschließt der Landtag im Rahmen des geltenden Rechts die Vorschge insgesamt umzusetzen. Notwendige Rechtsänderungen auf Bundesesebene werden eingeleitet und notwendige Rechtsänderungen auf Landesebene werden vollzogen. Die unmittelbar umsetzbaren Regelungen der Sachverständigenkommission sollen am 01.06.2003 in Kraft treten.

**III. Verzicht auf Diätenerhöhung**

Der Bericht des Landtagspräsidenten gem. § 28 der Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes (SH AbgG) über die Angemessenheit der Entschädigung sowie die Aufwandsentschädigung der Abgeordneten wird zur Kenntnis genommen.

Der Vorschlag des Landtagspräsidenten zur Anhebung der Entschädigungen gemäß § 6 Abs. 1 und Abs. 2 SH AbgG wird nicht umgesetzt.

**IV. Mitarbeiterkostenerstattung wird erhöht**

Die Mitarbeiterkostenerstattung gemäß § 9 Abs. 3 SH AbgG wird auf der Grundlage des Berichts des Landtagspräsidenten über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten ab dem 01.01.2003 um 1,7 Prozent auf 855 € erhöht.

Lothar Hay  
und Fraktion

Martin Kayenburg  
und Fraktion